

Rezensionen

Klaus Tenfelde (†)/

Toni Pierenkemper (Hg.):

Geschichte des deutschen Bergbaus, Bd. 3:

Motor der Industrialisierung,

Deutsche Bergbaugeschichte im 19. und

frühen 20. Jahrhundert

Redaktion: Jens Adamski

Münster, Aschendorff Verlag 2016

(631 S., 80 Abb., Karten u. Tab.,

ISBN 978-3-402-12903-6) 89,00 €

Mit der Veröffentlichung dieses Bandes liegt das vierbändige Gesamtwerk „Geschichte des deutschen Bergbaus“ nunmehr komplett vor. Die Vorbereitung dieses ambitionierten Publikationsprojekts geht auf die Initiative Klaus Tenfeldes zurück, des im Sommer 2011 verstorbenen Hochschullehrers, Direktors des Instituts für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum und Vorstandsvorsitzenden der Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets. Sein Ziel war es, in Kooperation mit dem Deutschen Bergbaumuseum Bochum, die Kenntnisse der historischen Bedeutung des Steinkohlenbergbaus wie des deutschen Bergbaus überhaupt verlässlich im gesellschaftlichen Bewusstsein zu verankern. Es liegt zwar ein reiches und vielfältiges Schrifttum zur deutschen Bergbaugeschichte vor, aber eine wissenschaftlich fundierte Gesamtdarstellung, die klare Orientierung bietet, fehlte bislang. Von Tenfelde stammen die grundlegenden konzeptionellen Festlegungen, und ihm war es gelungen, eine Vielzahl renommierter Kollegen für dieses Projekt zu gewinnen. Als Autor wollte er zwei ausführliche Artikel im vorliegenden dritten Band, dessen Thema der Bergbau im Indus-

trialisierungszeitalter ist, beitragen. An seiner Stelle hat Toni Pierenkemper als Herausgeber die Aufgabe übernommen, das Werk zu einem guten Ende zu bringen. Das ist, um es vorab zu sagen, mit Anstand gelungen.

Dieser Band schließt die Lücke zwischen dem Beginn des industriellen Bergbaus am Anfang des 19. und dessen dynamischem Aufschwung bis in das frühe 20. Jahrhundert. Eva-Maria Roelevink ordnet Deutschlands bergbauliche Rohstoffmärkte für Steinkohle, Eisenerz, Kupfer (letzteres wurde im 19. Jahrhundert in Deutschland noch gefördert) und Kali in diesen Zeitrahmen anhand von instruktiven Tabellen und Schaubildern, ohne Pauschalierung, global überzeugend ein (S. 17-43). Die Autorin belegt die außerordentliche Bedeutung der Steinkohle und stellt sie in Relation zur Roheisenerzeugung, erörtert die Wertstellung von Kupfer und Kali (deutsche Monopolsituation bis zum Ende des Ersten Weltkriegs), während die deutschen Kupferlagerstätten weitgehend erschöpft waren und bei der Versorgung mit Roheisen Deutschland zunehmend auf Importe angewiesen war. Kritisch betrachtet sie die Kartellierungsneigung der betrachteten Rohstoffmärkte (Eisenerz, Kohlen, Kali), die von privaten Bergbaugesellschaften ausgingen, um die Preise zu kontrollieren. Ein Desiderat der Forschung sieht Roelevink im Kenntnisstand über Handlungen und Handlungsspielräume der mächtigen Kartelle.

Die Standorte des deutschen Bergbaus mit abbaubaren Rohstofflagerstätten – Oberschlesien, Saarrevier und Ruhrgebiet – wurden mit dem Energieträger Steinkohle, der Eisen- und Stahlindustrie sowie der Verkehrsinfrastruktur (Eisenbahnbau) zu einer außerordentlichen Vielfalt und Bedeutung verbunden. Zudem erschlossen neue Technologien wie die Elektrizitätsgewinnung erweiterte Absatzmärkte und gaben starke Impulse zur Expansion des Braunkohlenbergbaus (Verstromung). Der Übergang zur Koksverhüttung schuf neue Distributionssegmente für die Steinkohlenbetriebe. Nicht hoch genug, so Toni Pierenkemper, könne man allerdings die Bedeutung des Energieträgers Steinkohle in diesem Kontext ansetzen, denn eine Analyse von Führungssektoren zeige, keiner anderen Branche der deutschen Volkswirtschaft des 19. Jahrhunderts käme eine derartige Bedeutung für das Wirtschaftswachstum zu. Das Ruhrgebiet etablierte sich als montanindustrielle Führungsregion, während im Wettbewerb der Reviere Oberschlesien und das Saargebiet zurückfielen. Insofern ist es folgerichtig, dass der zentrale Beitrag des Bandes der Steinkohle eine Vorrangrolle zuweist (S. 45-287), untergliedert in drei große Abschnitte.

Der erste umfasst den Bergbau als Leitsektor der deutschen Industrialisierung (Toni Pierenkemper, S. 45-102). Der Autor bestimmt die deutschen Montanregionen mit ihren spezifischen Rohstoffvorkommen, das Eifel-Aachener Revier mit seiner engen Verknüpfung des Steinkohlenbergbaus mit der Eisenindustrie, Nieder- und Oberschlesien, letzteres – bis 1880 – als weltweit bedeutendster Zinkproduzent (Scharley-Grube) und seiner staatlichen Eisenhüttenindustrie (Gleiwitz, Königshütte) sowie das Saarrevier und Hunsrück. Lothringen-Luxemburg (Minette-Region) werden nur knapp erwähnt (Familie de Wendel), während im Ruhrgebiet der Siegeszug der Steinkohle im schwerindustriellen Wachstumskomplex (Eisen- und Stahlindustrie) mit seiner dynamischen Steinkohlenförderung die Gründung von Aktiengesellschaften zu Großschachtanlagen mit Tiefbauschächten führte. Ende des 19. Jahrhunderts hatte sich im Deutschen Reich zudem ein umfassendes System von Interessenverbänden herausgebildet, in dem die Montanindustrie die zentrale Rolle spielte. Toni Pierenkemper gibt eine Übersicht über die räumliche und produktive Entwicklung der Braunkohlenreviere sowie den Salz- und Kalibergbau. Ein kritischer Überblick über unterschiedliche Konzepte von Bergbehörden, staatliche Gewerbeförderung und die Rolle des Staates bei der Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft beschließt diese Ausführungen.

Im zweiten Abschnitt analysiert Dieter Ziegler (S. 103-193) Unternehmensorganisation und Unternehmensverfassung des Steinkohlenbergbaus. Es geht um die Systematik der Aufbreitung von Kohle zur Handelsware und die Gewinnung ihrer Nebenprodukte (Steinkohlenkoks als Alternative zur Holzkohle) sowie die Gewinnung von Teer und schwefelsaurem Ammoniak. In diese Darstellung gehört auch die der Braunkohle. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurden in Mitteldeutschland die ersten betriebstauglichen Dampftrockner entwickelt, wodurch der Wassergehalt der Kohle auf ca. 14 Prozent gesenkt werden konnte (Hausbrand). Die Bedeutung der Braunkohle als Primärenergieträger (Verstromung) setzte erst im 20. Jahrhundert ein. Voraussetzung dafür war der Großtagebau. Dieter Ziegler berichtet über den Ausbau der Ruhr als Wasserstraße, der zu günstigen Transportbedingungen des Reviers führte, ein Konkurrenzvorteil im Vergleich zu allen anderen deutschen Revieren. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre besaß das Ruhrgebiet das dichteste Eisenbahnnetz im Deutschen Reich – Wasserstraßen und Eisenbahnen koexistierten problemlos.

Durch Überführung von Familienbesitz in Aktiengesellschaften veränderte sich nicht nur die Rechtsform eines Unternehmens, sondern auch die Unternehmerfunktion als Leitbild des familial geführten Unternehmens. Ziegler zeigt den Übergang vom Eigentümerunternehmer zum Manager mit all seinen Verwerfungen mit differenten Mustern beispielhaft auf. Auch der Verweis auf den „Grubenmilitarismus“ fehlt nicht als Hinweis auf das konfliktträchtige Verhältnis zwischen Betriebsleitungen und Belegschaften. Der Autor berichtet über die Bildung vertikal integrierter Konzerne (Eisenerz und Steinkohle) sowie Kartelle und Syndikate als Konzentrationsprozess (Marktmacht), um das Preisniveau für die verschiedenen Ruhrkohlsorten nachdrücklich zu erhöhen.

Der dritte Abschnitt schließlich setzt sich mit den Lebens- und Arbeitswelten von Bergleuten und ihren Familien auseinander (Franz-Josef Brüggemeier, S. 194-287). 1911 waren von über 820.000 im Bergbau beschäftigten Menschen nahezu 630.000 im Steinkohlenbergbau tätig, während ca. 150.000 in anderen Bergbausparten beschäftigt waren, vor allem im Sektor Braunkohle, Eisen oder Kupfer- und Zinkerze (Tab. 2). Die Arbeitsplätze im Bergbau veränderten sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts so grundlegend, dass sich der deutsche Bergbau nach der Jahrhundertwende als überaus leistungsfähiger Bereich der deutschen Wirtschaft erwies, z. T. ausgestattet mit modernster Technik, aber weiterhin elementar angewiesen auf die Handarbeit der Bergleute. Ausbildungsgänge vom Schleppler zum Hauer variierten in den einzelnen Revieren erheblich, desgleichen wichen die Arbeitsbedingungen, Schichtdauer und Lohnentwicklung voneinander ab. Mehr als partielle Einblicke seien nicht möglich, so der Autor. Die Konflikt- und Streikbereitschaft von Bergleuten war angesichts der kompromisslosen Haltung der Zechenbesitzer, die Gewerkschaften und Streiks entschieden bekämpften, verständlich. Entlohnung im Gedinge war dagegen eine verbreitete Form der Auseinandersetzung, Löhne wurden in der Regel vor Ort ausgehandelt, was zu unterschiedlicher Einschätzung der Arbeitsbedingungen zwischen Bergleuten und Steigern führte. Füllmengen an Kohle oder Erzen, über die der Steiger entschied, boten zusätzlichen Konfliktstoff.

Zu regulären Arbeitskämpfen kam es 1869/70 im Waldenburger Land (Niederschlesien), als Forderungen nach kürzerer Arbeitszeit und einem Mindestlohn erhoben wurden – Forderungen, die auch an der Saar oder im Harzrevier gestellt wurden. Bewusst nimmt die Darstellung von Streiks im Ruhrgebiet breiten Raum ein, 1889 und 1905, als Gewerkschaften

unterschiedlicher Provenienz und die Polnische Gewerkschaft von 1902 (ZZP – Zjednoczenie Zawodowe Polskie) zur Kampfbereitschaft entschlossen waren und sich mehr als 100.000 Bergleute im Streik befanden. 1912/13 streikten mehr als 190.000 Bergleute – wiederum ging es um die in Aussicht gestellten, aber verweigerten Lohnerhöhungen und um die Rückkehr zur Achtstundenschicht. Allerdings schwächten Rivalität, ja Feindschaft, so Brüggemeier, die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften, sodass ihre Aktion relativ erfolglos blieb.

Die starke politische Überformung der bergbaulichen Arbeitsbeziehungen in Deutschland (im Vergleich zu den USA oder Frankreich) analysiert Helmuth Trischler (S. 377-422) zwischen Herr-im-Haus-Standpunkt (Grubenmilitarismus) und fragiler Sozialpartnerschaft unter dem Diktum staatlich dominierten Tripartismus: massive staatliche Intervention, um die Sozialpartnerschaft zwischen Unternehmern und Gewerkschaften am Leben zu halten. Dieses Grundnarrativ verfolgt er für die Zeit von 1848 bis 1933 auf verschiedenen Ebenen der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen, denn in keinem anderen Industriesektor erwiesen sich die Konflikte auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene als Kampf um Macht und Herrschaft. Trischler geht seinerseits auf den zitierten Streik von 1889 ein, der eine hohe symbolische und identitätsstiftende Funktion für die deutsche Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung besitze. Sein Fazit: Der Übergang vom vormodernen Energiesystem zu einem kohlebasierten Energiesystem (im Verlauf der Industrialisierung) ermöglichte den Aufbau demokratischer Gesellschaften, zog aber auch das Gegenteil nach sich, nämlich den Kampf gegen demokratische Bewegungen, die die Arbeiterbewegung seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erstritten hatte.

Das Verhältnis von Bergbauindustrie und Politik zwischen 1850 und 1918 betrachtet Stefan Przigoda (S. 423-493) auf zwei Ebenen, einerseits steht die Vertretung von Bergbauunternehmen und -unternehmen in den kommunalen und staatlichen Parlamenten, in den Parteien und politischen Verbänden zur Diskussion, andererseits die Bergbauverbände, Gewerkschaften und industrielle Interessenverbände. Die für das Ruhrgebiet skizzierten Entwicklungsprozesse werden umsichtig auf andere Reviere übertragen, z. B. Oberschlesien, denn auch dort bildete sich in den 1880er Jahren eine der zentralen Gruppierungen der schwerindustriellen Führungsschicht. Die Unternehmer aus Schwerindustrie und Bergbau, so Przigoda, stemmten sich als Teil der Machteliten bis zum November 1918 gegen grundle-

gende Veränderungen im politischen System des Kaiserreichs. Eine Folge davon sei ein gravierender Reformstau gewesen, der sich nach der Niederlage 1918 in der Novemberrevolution entladen habe.

Den Zusammenhang von Montanindustrie und schwerindustrieller Stadtentwicklung, Migrationen und Regionen in den drei größten Montanrevieren untersucht Heinz Reif in seinem Beitrag (S. 289-376) anhand eines Bündels von prägend wirkenden Teilprozessen. Der Vorzug dieser Darstellung liegt in der konsequenter Gegenüberstellung der Reviere Ruhr, Oberschlesien und dem montanindustriellen Kern an der Saar und führt in Richtung unterschiedlichster Vielfalt und Komplexität. Schon die differenten soziogeografischen, topografischen und geologischen Merkmale dieser drei Montanregionen lenken deren Siedlungsentwicklung in ganz verschiedene Richtungen, so Reif. An der Saar fehlten weitgehend die Fettkohle und damit der Verbund von Schacht und Hütte. Im ober-schlesischen Revier siedelte man aufgrund der dortigen Lagerungsverhältnisse des Karbons kompakt und baute hoch. Im Ruhrrevier führte dieses Karbon die Siedlung weit nach Norden in breit gefächerte Streulagen. Auch der immer wieder notwendige Arbeitersatz zeigte erhebliche Differenzen, denn an der Saar dominierte bis 1914 die Rekrutierung durch Nahwanderung und die Selbstergänzung durch hohe Reproduktionsraten. Eine vergleichbare Situation habe es bis in die 1890er Jahre in Oberschlesien gegeben, ehe es zu Fernwanderungen kam. Das Ruhrgebiet war spätestens seit den 1890er Jahren überwiegend auf Fernwanderung angewiesen. Den Menschen bot ein Einheit stiftendes Modell wirksame Hilfe die Integration des gesamten industrialisierten Raums durch ein Netzwerk von zentralen Orten der Region.

Das Deutsche Bergrecht von 1865 bis zur Gegenwart ist Gegenstand eines fundierten Abrisses von Gunther Kühne (S. 495-531). Der Verfasser erläutert die Entstehungsgeschichte, die Rechtsprinzipien sowie die wirtschafts- und rohstoffpolitischen Grundlagen des Preußischen Allgemeinen Berggesetzes von 1865, die eng mit dem Namen des späteren Berghauptmanns Hermann Brassert verbunden ist. Dieses Bergrecht schuf für die preußische Bergbauwirtschaft einen klaren Ordnungsrahmen und prägte über ein Jahrhundert lang die deutsche Bergrechtsentwicklung, aber auch das Bergrecht in den deutschen Kolonien bzw. Schutzgebieten. Kühne verweist als Beispiel auf die Rechtsstellung der Einwohner der Pazifikinsel Nauru (Phosphatabbau), als 1993 in Den Haag Australien der Insel eine finanzielle Wieder-

gutmachung für die Ausbeutung vor deren Unanhängigkeit zusicherte.

Der Autor betrachtet die weitere Entwicklung der rechtlichen Ordnung des Bergbaus während der Weimarer Republik, im „Dritten Reich“ und im Nachkriegsdeutschland, sowohl in der Bundesrepublik als auch die Sonderentwicklung in der DDR (das Berggesetz von 1969). Im Rahmen des Europäisierung des Bergrechts verweist er auf die Bereiche des Umwelt- und des Arbeitsschutzes als gezielte Anwendungsfelder von europäischer Relevanz.

Rainer Slotta thematisiert den Bergbau als Industriemotiv der Kunst des 19. und 20. Jahrhunderts (S. 533-556). In der Volkskunst der Montanreviere gab es eine Laienmalerei mit Berg- und Hüttenwerken als Bildthema, in Tirol, in Sachsen oder auch im Harz, eine „bergmännische Kunst“ im später anzutreffenden Sinn existierte bis zum Ende des 18. Jahrhunderts dagegen nicht. Nach der Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelt sich der Realismus als Kunstform des Materialismus. Als zentrale Arbeiten des Industriebildes gelten Gustave Courbet's „Steineklopfer“ (1849) und Adolph Menzels Gemälde „Eisenwalzwerk“ (1875). In diesen Kontext stellt Slotta auch Vincent van Gogh und Constantin Meunier. Erst im 20. Jahrhundert seien dagegen der Bergbau, die Schwerindustrie und Chemie Themen der ideologisch geprägten (national-)sozialistischen Kunst des „Dritten Reichs“ bzw. der DDR geworden. Heute sei der Bergbau eher retrospektiv in der Kunst anzutreffen, in früher bedeutungsvollen Kunstsparten (Glaskunst, Porzellan), er hat seine Bedeutung nahezu vollständig verloren und sei kein Gegenstand der Darstellung mehr.

Dieser klar konzipierte Band (gelegentliche Überschneidungen bzw. Wiederholungen sind zu tolerieren) bietet Zuverlässigkeit bei der Darstellung aller wesentlichen Sachverhalte. Ohne Zweifel legt es für den betrachteten Zeitraum die Bedeutung und Forschungslage des Ruhrreviers immer wieder nahe, einschlägige Ergebnisse anderer Reviere nur vergleichsweise heranzuziehen. Das ist der Fall, aber die Grenzen zur Einseitigkeit zugunsten des Ruhrgebiets werden indessen nicht überschritten, die autonome Entwicklung der Referenzreviere ist stets gesichert.

In der Publikation fehlen weder Diagramme, Schaubilder, Landkarten noch aussagekräftige Abbildungen, der Leser wird nicht mit einer ununterbrochenen Textfolge konfrontiert, sondern mit einem gezielten Wechsel von narrativer Konkretion und reflektierter Gedankenführung. Schließlich enthält die Publikation ein ausgewiesenes Literaturverzeichnis

und einen Indexteil, der zur Erschließung hinreichende Hilfe bietet.

Es bleibt die Genugtuung, dass die einzelnen sehr lesenswerten Studien dieses Handbuchs sowohl wissenschaftlichen Kriterien als auch den Interessen einer fachkundigen Leserschaft voll gerecht werden.

Dr. Hans-Joachim Kraschewski, Marburg

**Stefan Berger (Hg.):
Gewerkschaftsgeschichte als Erinnerungsgeschichte. Der 2. Mai 1933 in der gewerkschaftlichen Erinnerung und Positionierung**

Essen, Klartext Verlag 2015 (428 S., ISBN: 978-3-8375-1580-0), 39,95 € (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Schriftenreihe A: Darstellungen, Band 60)

An die dunklen Tage der Gewerkschaftsgeschichte erinnern: die Zerschlagung durch die Nationalsozialisten.

Im vergangenen Jahr erreichte die Zahl politisch rechts motivierter Straftaten in Deutschland ihren Höchststand, und die Republik erlebte zugleich den Aufstieg des Rechtspopulismus. Angesichts dessen, dass der Rechtspopulismus in der Mitte der Gesellschaft angekommen zu sein scheint und nicht wenige Gewerkschaftsmitglieder bei den vergangenen Wahlen diesem Gedankengut ihre Stimmen gaben, scheint der von Stefan Berger herausgegebene Sammelband zur rechten Zeit erschienen zu sein. Er rückt den 2. Mai 1933, den Tag der Zerschlagung der Gewerkschaften im „Dritten Reich“, als Moment gewerkschaftlicher Erinnerungsgeschichte nach 1945 in den Fokus.

Dieser Tag, seine Konsequenzen und die nach 1945 gezogenen Lehren sind in der Gewerkschaftsliteratur bereits breit diskutiert (u.a. Schumann 1958; Beier 1975; Scharrer 1984) und etwa 1983 zum Thema einer Tagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) gemacht wurden (als Ergebnis vgl. Breit/Borsdorf 1984). In diesem im Anschluss an eine Konferenz des Instituts für soziale Bewegungen in Zusammenarbeit mit der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) und der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) im Jahr 2013 anlässlich des 80. Jahrestags der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten entstandenen Herausgeberband rückt Berger daher die Erinnerung

an den 2. Mai 1933 in den Fokus. Er legt dem Band das Konzept der Erinnerungsgeschichte zugrunde und fragt danach, welchen Einfluss die Erinnerung an den 2. Mai 1933 auf das spätere Bewusstsein von Personen, Organisationen und Handlungskontexten hatte (20). Berger vertritt die These, dass es sich bei dem 2. Mai 1933 um ein „impact event“ handele, das weitreichende Folgen für die Gewerkschaften seit den 1930er Jahren besaß (20). Die konzeptionell sehr unterschiedlichen Beiträge des Bandes heben schließlich, mal mehr, mal weniger, im Rekurs auf Erinnerungsgeschichte darauf ab, inwiefern das gewerkschaftliche Handeln nach 1945 durch die Erinnerungen, Erfahrungen und Lehren der Geschehnisse des 2. Mai 1933 zu erklären ist. Berger nimmt das Ergebnis des Bandes bereits in seiner Einleitung vorweg: „Der Band kann hier zu keinem endgültigen Ergebnis kommen. Während einige Beiträge den Stellenwert der Erinnerung für gewerkschaftliches Handeln als durchaus hoch einschätzen, kommen andere zu dem Befund, dass man die Erinnerung in ihrer Wirkmächtigkeit für das jeweils zeitgenössische Handeln nicht überschätzen sollte.“ (18)

Der Band gliedert sich in fünf Sektionen und insgesamt 20 Beiträge. Die erste Sektion widmet sich ohne Begründung der Fallauswahl drei Gewerkschaftern, die die Zeit des Nationalsozialismus jeweils verschieden erlebten: Ulrich Borsdorf stellt den in der Weimarer Republik sozialisierten Hans Böckler dar, der die NS-Zeit in Deutschland verbrachte und dort einem Wechsel aus Haft, Untergrund sowie zurückgezogenem Leben ausgesetzt war und 1949 schließlich erster DGB-Vorsitzender wurde. Ursula Bitzegeio beschreibt dagegen den 20 Jahre jüngeren Hans Gottfurcht, der die NS-Zeit im Exil in London verbrachte, dort die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien gründete und nach dem Krieg nicht mehr nach Deutschland zurückkehrte. Christoph Jünkes Beitrag fokussiert insbesondere auf die wirtschaftsdemokratischen Neuordnungskonzepte von Viktor Agartz und weniger auf seine Person, der, im gleichen Alter wie Gottfurcht, nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten als Wirtschaftsprüfer tätig war, ebenso wie Böckler schließlich untertauchen musste und später Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB wurde. Der erste Abschnitt endet mit diesem wenig biografischen Beitrag zu Agartz und vergibt damit großes Potenzial, auch diejenigen in den Fokus zu rücken, die weniger durch die Weimarer Republik geprägt waren, die wie Werner Hansen nach dem Exil noch gewerkschaftliche Führungsverantwortung übernahmen oder wie Otto